

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 12

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsere Meinung

Wir lassen über alles mit uns reden, vorausgesetzt, dass unsere Diskussionspartner sich unseren Auffassungen anschliessen.

Diese Botschaft verkündete Erich Honecker bei der Tagung des SED-Zentralkomitees von Ende Mai in Ostberlin. Der ostdeutsche Parteichef bekundet Gesprächsbereitschaft nicht nur mit der Kirche (siehe S. 2), sondern überhaupt. Angefangen bei der innerparteilichen Diskussion bis zur freien Debatte mit den Staatsbürgern.

Die SED-Mitglieder forderte Honecker auf, sich freimütig zu allen Fragen zu äussern, die sie bewegten. Und die Partei ihrerseits wolle mit den Bürgern der DDR einen rechten Gedanken- und Meinungsaustausch führen.

Da stellt sich die SED-Spitze ja geradezu auch an die Spitze der Bürgerrechtsbewegung, die für die Freiheit der Meinungsäusserung eintritt. Nur meinte Honecker das doch etwas spezifischer, denn bei der ganzen offenen Diskussion hat man auf eine Kleinigkeit zu achten: Man muss nämlich mit der Parteiführung übereinstimmen. Das machte Honecker am Schluss der gleichen Rede klar, als er die Parteimitglieder zu politischen Haltungen aufforderte, die «feindlichen Auffassungen keinen Spielraum lassen».

Also: echter Meinungsaustausch unter Ausschluss von Gegenmeinungen.

*

Das Prinzip auf ein konkretes Beispiel bezogen, machte auf der gleichen Tagung das Politbüro-Mitglied Konrad Neumann deutlich, als er auf die Schriftsteller zu reden kam, das heisst vielmehr auf jene «Handvoll Menschen», die sich nicht an die Regeln hielten. Es gebe immer noch einige, die es nicht verstünden, «ihre Schaffensprobleme in produktiver Uebereinstimmung mit

der Lösung der (...) grossartigen Aufgaben unseres Parteiprogramms zu meistern». Sie flüchteten sich manchmal, statt die jederzeit mögliche offene Diskussion in den Künstlerverbänden zu suchen, in sogenannte Verbesserungsvorschläge für den «realen Sozialismus» in der DDR. Die Anspielung auf Rudolf Bahro, der im Gefängnis sitzt, ist hier deutlich, und um so geschmackvoller wirkt die anschließende Unterstellung Neumanns, solchen Leuten gehe es eben um «ein entsprechendes Geldkonto» im Westen.

Aber nicht diese Beschimpfung ist das eigentlich Ungeheuerliche an solchen Äusserungen. Ungeheuerlich, und in dieser Eigenschaft leider fast unbeachtet, ist vielmehr das Diskussionsprinzip, das hier zum beiläufigen Ausdruck kommt. Dem Schriftsteller, sagt Neumann, stehe es ja jederzeit frei, in den Fachverbänden offen zu diskutieren; da brauche er seine vermeintlichen Verbesserungsvorschläge nicht auch noch an die Öffentlichkeit zu bringen.

Abgesehen von der Frage nach der Prämisse (ist es wirklich möglich, in den Künstlerverbänden straflos offene Anfechtung zu betreiben?): Ausgerechnet der Schriftsteller wird angewiesen, seine Aussage hinter geschlossenen Türen zu machen. Ausgerechnet ihm, dem «Öffentlichkeitsarbeiter», wird bedeutet, das Forum für seine Auffassungen sei nun wahrhaftig nicht die Öffentlichkeit. Eigentlich kann man, wenn man es sich einmal überlegt, kaum eine bessere Illustration für den Unterschied zwischen der offenen und der geschlossenen Gesellschaft finden als diesen «positiven» Hinweis auf die grundsätzliche Aussprachemöglichkeit für die Schriftsteller. *cb*

Aperçus

Aus der Rubrik für Satire und Humor der «Literaturnaja gaseta» vom 17. 5. 1978

Knigge

In öffentlichen Verkehrsmitteln wird jeder wohl-erzogene und kultivierte Mensch beim Erscheinen eines Kontrolleurs auf die erste Aufforderung hin seine Busse für Benutzung des Verkehrsmittels ohne gültigen Fahrausweis entrichten.

Gehemnisvoller Volksstamm

In einer schwer zugänglichen Gegend der Elefantenberge ist ein bisher unbekannter Volksstamm entdeckt worden. Seine Lebensweise gibt Anlass zu vielem Rätseln. Die Männer dort jagen und fischen nicht nur, sie helfen auch ihren Frauen im Haushalt. Die Frauen ihrerseits sind schweigsam, entgegenkommend und stets mit dem zufriedener, was sie haben.

Dressur

Pastuchow fühlt sich in gehobener Geistesverfassung. Ihm ist der Sieg in einem kleinen Gefecht mit seiner Frau zugefallen: Er hatte sich erfolgreich geweigert, Kartoffeln einkaufen zu gehen. Dafür erklärt er sich bereit, den Staubsauger zu flicken. «Allmählich kapiert sie doch, dass Anstehen für Kartoffeln nicht meine Sache ist.»

Der Frau aber ist auch wohligh zumute. «Jetzt habe ich ihn doch so weit, dass er alles macht, wenn ich ihm nur mit dem Kartoffelkaufen bange mache.»

Das Schönste in der Ehe ist die beidseitige Zufriedenheit. ■

Einfach helfen

Wo «Die Wurzel des Guten» liegt, sagt ein Leitartikel des *Feljetonist* im «Krokodil» (Moskau, Nr. 15/1978):

«Nun, es fängt wohl alles mit einem Impuls an. Ix sieht Ygrec, der Hilfe braucht. Ix ist in der Lage, diese Hilfe zu erweisen. In seiner Seele (streiten wir mal nicht über Begriffe!) erfolgt etwas — eine Schaltung, ein Impuls, ein Signal, wie man will — und eine unbekannte* Kraft mit positiver Ladung veranlasst Ix, die alte Frau über die Strasse zu geleiten, die auf der Strasse gefundene Brieftasche (mit Geld) im Fundbüro abzugeben, für die erkrankte Nachbarin einzukaufen...»

Dies sei das erste Stadium, und das zweite: Ix gibt sich Rechenschaft über seine Handlungsweise.

«Wenn Ix ein guter Mensch ist, dann wird er, nachdem Ygrec ihm ‚vielen Dank‘** gesagt hat, auch weiterhin mit leichtem Herzen Gutes tun.» Andere Ix allerdings urteilen, ein Dankeschön könnten sie weder essen noch anziehen, und hielten dann ihre Wohltat dem Empfänger lange Zeit vor.

Doch solche Hilfeleistungen seien «alltägliches, gewöhnliches Verhalten», und «die Darstellung elementarer Anständigkeit als höchste Heldentat» sei unangebracht.

Mit diesen Ausführungen sind auch die Leute von der Demokratischen Bewegung und vom (christlichen) Rat der Verwandten von Gewissensgefängnissen in der UdSSR einverstanden: ihr Verhalten beweist das!

Indes, wie Prof. A. E. Wilder Smith vermerkt, ist «eine der fatalen Schwächen unserer zunehmend sozialisierten Welt: alle ‚Liebeswerke‘ werden mehr und mehr vom Staat organisiert — um den Hilfsempfängern die Demütigung zu ersparen. «Jede praktizierte Tugend veredelt und bereichert den Charakter, verleiht dem, der sie übt, echte Freude... Die Freude und die Tugend echter Wohltätigkeit verschwinden sofort, wenn eine erzwungene Steuer das freiwillige Opfer ersetzt.» (*The Paradox of Pain*)

Der Sozialismus der Sowjetpraxis beinhaltet aber nicht nur keine staatlich organisierte Hilfe für politische Gefangene und Geächtete, sondern das Verbot solcher «elementarer Anständigkeit» im privaten Rahmen. Ein Alexander Ginsburg muss für seinen Einsatz im Solschenizyn-Hilfsfonds wieder Jahre der Lagerhaft gewärtigen; einer Malva Landa wurde dafür die Wohnung angezündet und dafür Exil auferlegt. Aus Sibirien zurück, publizierte sie im Mai ihren Willen, die Arbeit im Fonds erneut aufzunehmen:

«Ich bleibe mit meinen Freunden, welche die Menschenrechte verteidigen, insbesondere das Recht, Leuten, die vom Staat verfolgt werden, Barmherzigkeit und Hilfe zu erweisen; das Recht auf seine Ueberzeugungen, auf Glaubens- und Gewissensfreiheit...»

Freude und Bereicherung sind diesen Helfern gewiss. *HTD*

* Bölls Dr. Murke hätte wohl auch für den Feljetonist ein paar Tonbandschnippel mit der Antwort gehabt: Gott. Er ist so unbekannt nicht.

** Danke heisst auf russisch spassibo (Ton auf i), was heisst: spassi (tebja) Bog: rette dich Gott.

4%

Anlagehefte

4 1/4%

Kassa-Obligationen

COUPON für Geschäftsbericht
in verschlossenem Couvert

Name _____

Strasse _____

Ort _____

CITY BANK

Talstrasse 58, 8021 Zürich
Tel. 01/211 76 11

Unser **RADIO**-Kommentar

«Westjordanien»

Ob es als sprachliche Vereinfachung oder als anerkennungspolitische Neuerung gemeint ist: Der Ausdruck «Westjordanien» scheint in der Schweiz medienwürdig zu werden; in Nachrichtensendungen von Radio DRS hat er sich schon so gut wie eingebürgert. In der BRD gibt es ihn sporadisch. Vorerst: Die Frage, warum es denn «Westjordanien» nicht ebenso gut geben könne wie Westfrankreich oder die Westschweiz, trifft hier nicht. Denn es geht nicht um die effektiven westlichen Gebiete des Königreichs Jordanien am Ostufer des Jordans, sondern sozusagen im Gegenteil um das Gebiet am Westufer. «Westjordanien» in diesem Sinne umschreibt jeweils das, was man sonst als Westbank des Jordans, als Arabisch-Palästina oder als israelisch besetztes Gebiet Palästinas bezeichnet. Und das ist dann von unschuldiger Normalität so weit entfernt wie der Ausdruck «Ostpakistan» für Bangladesch oder «Ostdeutschland» für die ehemaligen deutschen Gebiete in Polen oder in der RSFSR.



Sodann und der Vollständigkeit wegen: Es ist möglich, dass bei der Einführung des Ausdrucks die geographische Situierung bezüglich des Flusses eine Rolle gespielt hat.

Auf den Jordan bezogen, ist das Gebiet freilich «westjordanisch», und wenn man davon wieder substantiviert, könnte man zu «Westjordanien» gelangen, womöglich noch als vermeintlich neutrale Wiederbelebung von «Cisjordanien», dem alten Gegenstück zu «Transjordanien», dem heutigen Königreich Jordanien, wobei das überholte Begriffspaar sprachlich einen Standpunkt westlich des Jordans voraussetzte, und wer möchte ihn heute noch einnehmen?

Aber «Westjordanien» als wertfreie Aktualisierung von Cisjordanien unter Vermeidung anderweitiger und längerer Umschreibungen klappt ganz einfach deshalb nicht, weil das Wort Jordanien schon an das Königreich dieses Namens vergeben ist. Es gibt zwar Lexika, die den Begriff «Rheinlande» allgemein für Gebiete am Rhein

gelten lassen, bevor sie «im engeren Sinne» zur ausschliesslichen Relevanz der Sache kommen, aber solcher gelehrter Agnostizismus wird wohl niemanden dazu bringen, zum Beispiel die rheinischen Gefilde Helvetiens als südliches Rheinland zu bezeichnen. Somit: Was immer man sich beim Gebrauch des Wortes «Westjordanien» denkt oder nicht denkt, es bedeutet den westlichen Teil des Königreichs Jordanien und gar nichts anderes.



Und ob diese jordanische Zugehörigkeit auf das bewusste Gebiet zutrifft, bleibt die alleinige Frage. Ist das israelisch besetzte Palästina wirklich rechtlich oder rechtens ein Teil Jordaniens? Nein.

Grundlage für die territoriale Aufteilung des gesamten Palästina mit seinem jüdischen und seinem arabischen Bestandteil ist die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29. November 1947. Sie sah nach Ablauf des britischen Palästina-Mandats die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates vor. Dass dieser letztere dem damaligen Emirat Transjordanien

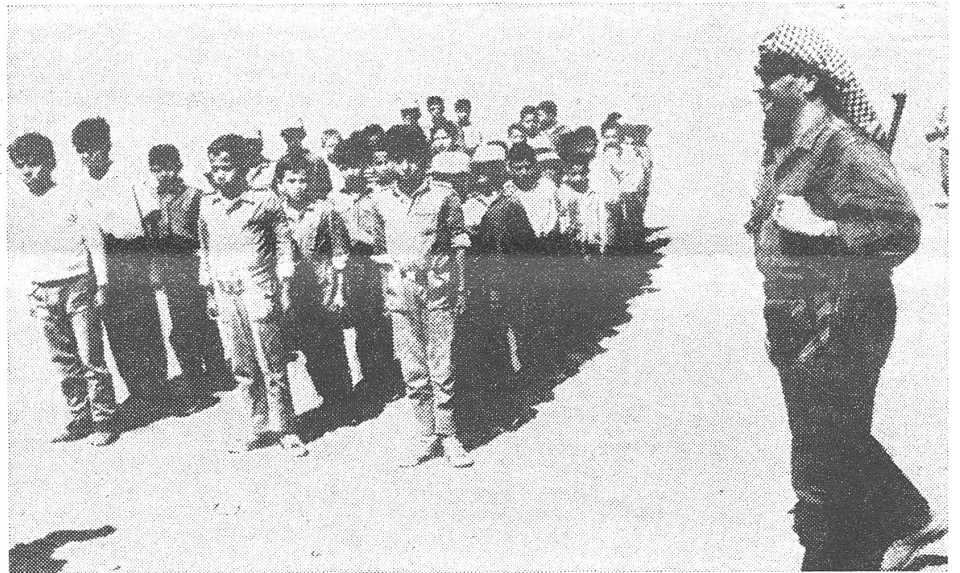
schon gar von der UNO, die heute mehr als je die Bildung eines arabischen Palästinenserstaates fordert.

Im Sechstagekrieg von 1967 okkupierte Israel dann seinerseits das Gebiet, naturgemäss im Kampf gegen jordanische Truppen. Aber in der internationalen Diktion ist es damit so wenig zu «Westjordanien» geworden, wie es zuvor «Ostisrael» gewesen war.



Bis zur Gründung Israels war es europäischer Sprachgebrauch, den arabischen Teil Palästinas mit den biblischen Namen Judäa und Samaria zu umschreiben, die freilich arabischerseits nie akzeptiert wurden. Heute sind sie ausserhalb Israels politisch nicht mehr zu gebrauchen, weil sie einen israelischen Hoheitsanspruch auszudrücken scheinen. Aber weil sie es nominell nicht tun, wären sie immer noch besser zu rechtfertigen als jenes «Westjordanien», das die Territorialansprüche Ammans *tatsächlich* gutheisst.

Übrigens: Für den Fall, dass die Wahl der Bezeichnung «Westjordanien» eine Distanzierung



Arafat bei der Ausbildung künftiger Soldaten für – Westjordanien? Er meint es bestimmt nicht so.

verbunden sein sollte, davon war freilich keine Rede.

Das britische Mandat erlosch am 15. Mai 1948, Israel wurde als jüdischer Staat gegründet, und die arabischen Staaten überzogen es sogleich mit Krieg, um es auszutilgen. Das Ziel wurde nicht erreicht, aber bei dieser Gelegenheit besetzten die Truppen des Emirats Transjordanien die Altstadt Jerusalems und die Westbank des Jordans. Zwei Jahre später annektierte der Eroberer, der sich gleichzeitig zum Königreich Jordanien ausrief, das Gebiet auch formell.

Aber für die Benennungsfrage entscheidend ist es, dass dieser territoriale Hoheitsakt einseitig war und geblieben ist. Die Annexion durch Jordanien wurde nur gerade von zwei Staaten anerkannt: Grossbritannien und Pakistan. (König Abdullah hatte sich als verlässlicher Verbündeter der Briten erwiesen, die überdies auch die jordanische Armee, die Arabische Legion, befehligten und ihren Protégé nicht gut desavouieren konnten.) Aber sonst blieb der jordanischen Einverleibung die internationale Anerkennung versagt,

zu Israel ausdrücken sollte, würde nicht einmal dieser Zweck der Übung erreicht. Vielmehr könnte Israel aus einsichtigen Gründen ein Interesse daran haben, bei einer künftigen Friedensregelung mit den arabischen Ländern das fragile Gebiet lieber an Jordanien «zurückzugeben» als der Schaffung eines Palästinenserstaates unter PLO-Kontrolle zuzustimmen. Tatsächlich hat dieser Ausweg in der israelischen Regierung seine Befürworter. Zu ihnen gehört zwar nicht Ministerpräsident Begin, immerhin aber Aussenminister Dayan.

Was also ist «Westjordanien»? Ein deutschsprachiger Name für eine Vorstellung, die Hussein und Dayan bis auf weiteres gemeinsam haben. Was immer ihre denkbaren Meriten wären, ihre Aussichten, je ein völkerrechtlicher Tatbestand zu werden, sind, gelinde gesagt, minim. Es bleibt der nachrichtensprecherischen Gepflogenheit der deutschen Schweiz überlassen, dergleichen zu tun, als sei er gegeben. So weit zurück oder so weit vorn? Momentan doch wohl so weit daneben. *ii/cb*

Sie wissen nicht, was eine Anakonda ist?

Da hilft Ihnen ein Lexikon aus
der Buchhandlung SOI.

Denn: Für alle Bücher

Buchhandlung SOI

Jubiläumsstr. 41, 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 15 / 43 12 12

Telex 32728

Genosse Trend im Alkohol

Die jüngste Preiserhöhung in Polen unterscheidet sich von ihren Vorgängern der letzten Jahre dadurch, dass sie mit gutem Gewissen vorgenommen wurde. Massiv aufgeschlagen haben nämlich die alkoholischen Getränke. Das dient dem Kampf gegen ein Uebel, das sich bisher durch organisatorische Gegenmassnahmen nicht aufhalten liess.

Ein zentrales Problem der polnischen Innenpolitik ist und bleibt der Alkoholismus, besonders unter der Jugend. Zum Kampf gegen den Alkoholismus wurde 1959 ein Gesetz erlassen; seine Bestimmungen sind aber den Leuten unbekannt und werden immer wieder verletzt. Zum Beispiel das Verbot, in der Nähe von Schulen, Betrieben und Spitälern schwere alkoholische Getränke zu verkaufen.

Zum Kampf gegen den Alkoholismus gibt es in Polen seit 1959 ein ganzes Netz von staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen. Schliesslich musste man eine «Ständige Kommission des Ministerrates für den Kampf gegen den Alkoholismus» ins Leben rufen, um die Tätigkeit der unzähligen Vereine und staatlichen Stellen zu koordinieren; sie waren einander in die Quere geraten.

Nun soll die eben erlassene Verordnung des Ministerrates dem Uebel auf den Grund des Portemonnaies gehen. Am 28. Mai wurden die Detailhandelspreise für alkoholische Getränke wesentlich erhöht. Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt 25 Prozent. Die Weinpreise wurden im Durchschnitt um 15 Prozent und die Bierpreise um 10 Prozent erhöht, während die Preiserhöhung bei den Spirituosen uneinheitlich, aber wesentlich grösser ist.

Am 30. Mai abgehaltenen gemeinsamen Sitzung mehrerer Sejmkommissionen wurden von offizieller Seite einige interessante Zahlen in bezug auf den Alkoholismus in Polen mitgeteilt («Zycie Warszawy», 31. 5. 1978): Etwa 5 Millionen Menschen — von den insgesamt 35 Millionen Polen — missbrauchen die alkoholischen Getränke, und mehrere Hunderttausende müssen ärztlich geheilt werden. Polen steht bezüglich Alkoholismus heute auf dem ersten Platz in der Welt. Der Alkoholkonsum beträgt in Polen 8 Liter Reinalkohol pro Kopf der Bevölkerung.

Der Kampf gegen den Alkoholismus ist in eine sehr wichtige Phase getreten, da man mindestens der steigenden Tendenz ein Ende bereiten will. Während 19 Jahren, seit der Inkrafttretung des Gesetzes gegen den Alkoholismus, ist nämlich der Alkoholkonsum auf ein Mehrfaches gestiegen, und jetzt ist vor allem die Jugend gefährdet. Die «Zentralstelle für wissenschaftliche Forschung der Hauptverwaltung des Gesellschaftlichen Komitees gegen den Alkoholismus» stellte folgendes fest: 25 Prozent der Knaben und 15 Prozent der Mädchen in der 7. Klasse der Grundschule konsumieren monatlich mindestens einmal Wein. Bei den 18jährigen sind 10 Prozent «intensive Alkoholtrinker» («Zolnierz Wolnosci», 30. 5. 1978).

Man kritisiert, dass die Zahl jener Geschäfte, wo man Spirituosen kaufen kann, schon auf gut 40 000 gestiegen sei. Mit anderen Worten: auf

800 Einwohner des Landes entfällt ein solches Geschäft («Zycie Warszawy», 31. 5. 1978). Jugendliche Kriminelle begehen ihre Straftaten grossteils in angetrunkenem Zustand.

Die polnischen «Beratungsstellen» für die Bevölkerung erklären, der Alkoholismus sei bei 41 Prozent der Scheidungen der Hauptgrund, während auf Untreue lediglich 32 Prozent der Scheidungen zurückzuführen seien («Trybuna Ludu», 20./21. 5. 1978). Aber auch Brutalität und Untreue lassen sich letzten Endes häufig auf Alkohol zurückführen.

*

Neben Nationalismus, Religiösität und Kriminalität ist der Alkoholismus ein «Ueberrest» der kapitalistischen Vergangenheit — mindestens in Theorie. In Wirklichkeit scheint jedoch der Alkoholismus eher ein Bestandteil des Systems zu sein, und zwar nicht nur in Polen, sondern auch in der Sowjetunion.

R. L.

Wenn sie es selber sagen

Laut Erklärung einer sowjetischen Zeitschrift ist das Aussenhandelsmonopol der sozialistischen Länder ein wirksames Mittel, um die kapitalistischen Handelspartner erfolgreich gegeneinander auszuspielen. Seltsamerweise gilt die gleiche Feststellung, wenn sie in den bewussten kapitalistischen Ländern gemacht wird, im Osten als anti-sowjetische Verleumdung und im Westen selbst als völlig unmögliche Aeusserung im Geiste des überholten kalten Krieges.

Am 22. April 1922 unterzeichnete Lenin das Dekret über die Verstaatlichung des Aussenhandels. Seit dieser Zeit besteht in der Sowjetunion das Aussenhandelsmonopol. Nach dem Lehrbuch der politischen Oekonomie der UdSSR (Moskau 1962) schützt das Aussenhandelsmonopol die Wirtschaft und den Binnenmarkt der sozialistischen Länder «vor dem Eindringen des ausländischen Monopolkapitals» sowie «vor der verheerenden Wirkung der Wirtschaftskrisen des kapitalistischen Weltmarktes».

Was die wichtigste Aufgabe des Aussenhandelsmonopols in der Gegenwart ist, sagte die sowjetische Zeitschrift «Neue Zeit» (Moskau, Nr. 17/1978) so:

«Die Bedeutung des Aussenhandelsmonopols für den Schutz der staatlichen Interessen braucht nicht eigens hervorgehoben zu werden. Vor allem hat dieses Monopol es den sowjetischen Aemtern ermöglicht, auf dem Weltmarkt einheitlich vorzugehen und dabei sowohl die zwischenimperalistische Rivalität als auch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Firmen auszunutzen.»

Dazu sei bemerkt, dass die sowjetischen Publikationen ähnliche westliche Auslegungen bezüglich der Aufgaben des Aussenhandelsmonopols als friedensfeindliche Verleumdungen bezeichnet haben.

Nun, dieser sowjetische Widerspruch ist aus der sowjetischen Interessenlage zu begreifen. Aber was für ein Interesse hat eigentlich der Westen daran, diese flagrante Moskauer Doppelzüngigkeit durch Verzicht auf Kenntnisnahme zu honorieren? ■

In Kürze

In der DDR ist man von einem Rauchverbot für den Eisenbahnverkehr vorerst wieder abgekommen, nachdem sich bei der Erprobung herausgestellt hatte, dass den Billeteusen von den erbesten Rauchern Prügel angedroht wurden. Amerika hat es wieder einmal besser. Dort sind scheint's nur die Nichtraucher rabiat.

*

Zu einer Arbeiterschelte holte der DDR-Ministerpräsident Willi Stoph auf der SED-Zentralkomiteesitzung von Ende Mai (siehe auch S. 8) aus. Um der Misswirtschaft auf vielen Gebieten zu begegnen, müsse eine «bewusste Arbeitsdisziplin» gefordert werden. «Schluderei, Vergeudung von Arbeitskraft und Bummelantentum sind unvereinbar mit der Arbeiterehre.» Zu bekämpfen seien insbesondere die Arbeitszeitverluste.

*

Das ist keineswegs so unlogisch: Wer in der Tschechoslowakei die sozialen Verhältnisse Chiles anprangert, wird bestraft. Das Gericht der Stadt Most verurteilte den Arbeiter Gustav Vlosaty zu 20 Monaten Freiheitsentzug wegen feindlicher Propaganda. Er hatte an seinem Arbeitsplatz einen Ausschnitt der zentralen Prager Zeitung «Rude Pravo» aufgehängt, in dem über Lohnsenkungen in Chile berichtet wurde. Und er hatte seine eigene Lohnabrechnung dazu geheftet. Das sollte eigentlich für westliche Interessenten nachdenkenswert sein. Bevor sie in die Lage kommen, so nachzudenken wie Gustav Vlosaty.

*

Im Westen hat das Traktandum an Aktualität verloren, aber in der Sowjetunion geht die Kampagne gegen die Neutronenbombe unverändert weiter. Aber im internationalen Kontext ist man sehr kompromissbereit: Moskau hat vorgeschlagen, dass Ost und West Abstand von der Herstellung der Neutronenbombe nehmen sollten. Nun müsste sich der Westen ebenso entgegenkommend verhalten und vorschlagen, dass Ost und West darauf verzichten sollen, kubanische Soldaten in Afrika einzusetzen. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.– jährlich (Ausland Fr. 37.–, DM 34.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

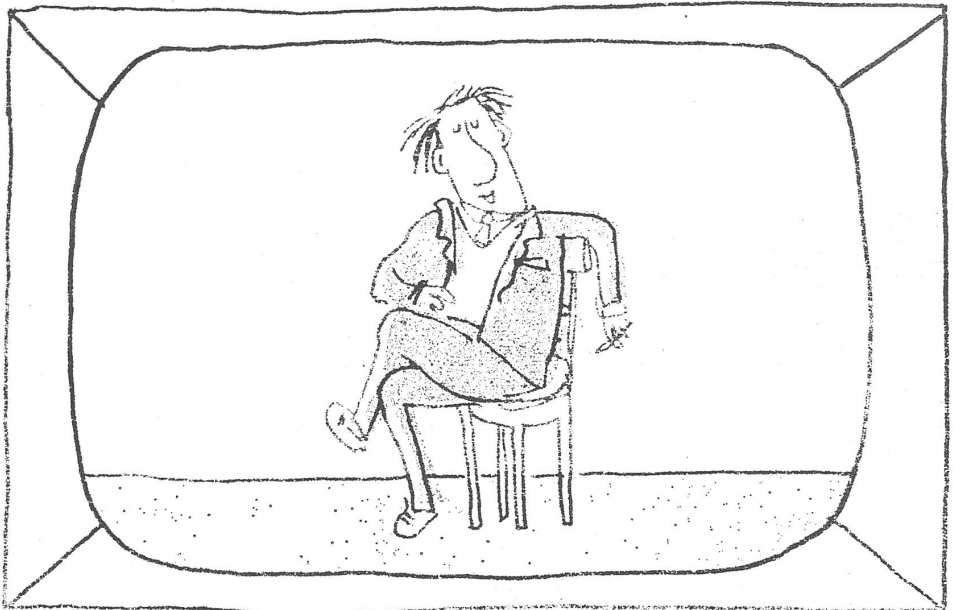
(Ausland Fr. 23.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 18.– (Ausland Fr. 20.–, DM 18.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)



Eine hausgemachte Rote Brigade zur Erpressung der Reparaturbrigade: «Hallo, wir haben den Chef der Wohnbauverwaltung in unserer Hand. Wenn Sie ihn wiederhaben wollen, reparieren Sie endlich unser Dach.»

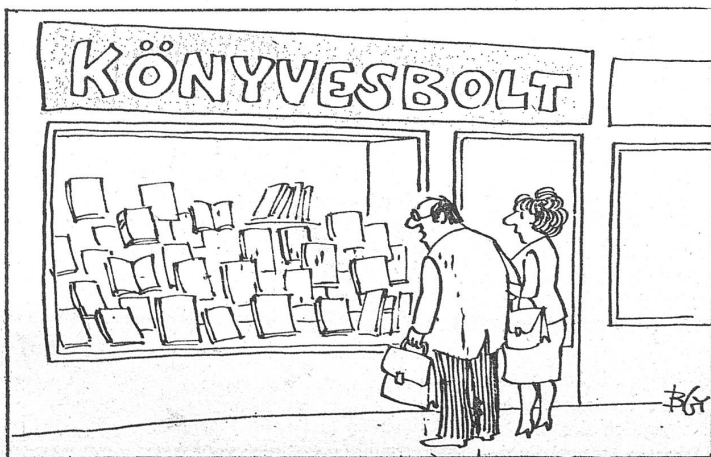


Der spannende Reisebericht im einheimischen Fernsehen: «Ich könnte stundenlang erzählen von den rassigen und unterhaltsamen Programmen, die ich in Amerika gesehen habe.»



Umstellung der Produktion: «Also, der Ventilator war ja wirklich nicht besonders gut. Aber ob diese neue Technologie wirklich so viel besser ist?»

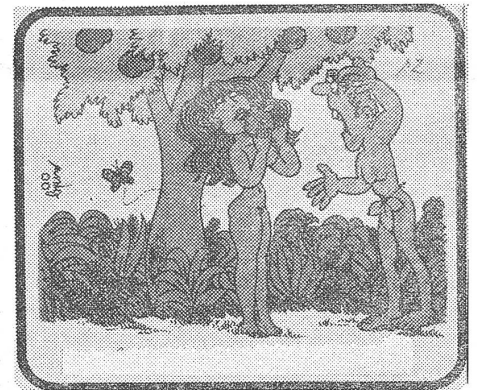
«Ludas Matyi», Budapest (1. und 8. Juni 78)



In der «Woche des Buches» vor der Buchhandlung: «Moment, Schatz, ich will nur sehen, was sie nicht veröffentlicht haben.» (!)

Allerhand!

Allerhand bis



Die sozialistische Version von der Entstehung der Todsünde. Entsetzen im Paradies: «Eva, was machst du denn da? Du stiehst ja das gesellschaftliche Eigentum.»



Ein präziser Chef: «Na, Ihnen würde ich ja noch einiges erzählen, Sie Minimalist, wenn jetzt nicht Feierabend wäre.»